

Aus dem Bereich der Vereinten Nationen

Allgemeines

Generalversammlung:

65. Tagung 2010/2011

- Beobachterstatus der EU aufgewertet
- Hochrangige Treffen zu den MGDs und zu HIV/Aids
- Südsudan 193. Mitglied

Anja Papenfuß

(Dieser Beitrag setzt den Bericht von Anja Papenfuß, Generalversammlung: 64. Tagung 2009/2010, VN, 4/2011, S. 166ff., fort.)

Die 65. Ordentliche Tagung der **Generalversammlung** der Vereinten Nationen wurde am 14. September 2010 vom Präsidenten der Generalversammlung Joseph Deiss aus der Schweiz am Amtssitz in New York eröffnet. In seiner Rede stellte er die Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) und das Thema nachhaltige Entwicklung als Kernbereiche seiner Amtszeit in den Vordergrund. Zudem mussten die Vereinten Nationen wieder zum Zentrum globaler Ordnungspolitik werden. Wenn nicht wesentliche Schritte in Richtung struktureller Reformen gelängen, drohten die UN von anderen internationalen Foren an den Rand gedrängt zu werden.

Die Tagung brachte insgesamt noch weniger politische Errungenschaften als in früheren Jahren hervor. Der überwiegende Teil der Resolutionen und Beschlüsse wurde routinemäßig und ohne größere Änderungen zu den Vorjahresresolutionen verabschiedet. Zu den wichtigsten Beschlüssen dieser Tagung zählt die Ausweitung der Teilnahmerechte der Europäischen Union.

Der Hauptteil der 65. Tagung mit 73 Sitzungen endete am 24. Dezember 2010. Der zweite Teil mit weiteren 45 Sitzungen begann am 14. Januar 2011 und endete am 12. September 2011. Die Staatenvertreter diskutierten und entschieden in den zwölf Monaten über Fragen anhand von 161 Tagungsordnungspunkten.

Sie verabschiedeten dabei insgesamt 316 Resolutionen und 76 Beschlüsse.

Einer seit einigen Jahren üblichen Praxis zufolge wurden vor und während der ersten Woche der Generaldebatte hochrangige Treffen abgehalten. Dieses Mal machte den Auftakt eine Plenartagung vom 20. bis 22. September über die MDGs, die in einem allgemeinen Aufruf, die Versprechen zu halten und die Ziele bis 2015 zu erreichen, mündete (A/RES/65/1). Von deutscher Seite nahmen Bundeskanzlerin Angela Merkel und der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Dirk Niebel an der Plenartagung teil (Rede Merkel: VN, 5/2010, S. 233f.) Zur Generaldebatte blieb Merkel nicht, sondern überließ Außenminister Guido Westerwelle das Feld (Rede: VN, 5/2010, S. 234f.). Die anderen hochrangigen Treffen waren zum Internationalen Jahr der Biodiversität, zur Neubelebung der Genfer Abrüstungskonferenz (ausführlich dazu: Oliver Meier, VN, 2/2011, S. 79f.) und zur Fünf-Jahres-Überprüfung der Mauritius-Strategie. Im Jahr 2011 fanden hochrangige Treffen zu HIV/Aids, zum Thema Jugend sowie zum zehnjährigen Jubiläum der Anti-Rassismus-Konferenz von Durban statt.

Eine der wichtigsten Resolutionen der 65. Tagung war Resolution 65/276 vom 3. Mai 2011 zur Mitwirkung der Europäischen Union an der Arbeit der Vereinten Nationen. Mit dieser Resolution billigen die Mitgliedstaaten den Vertretern der EU (der Hohe Vertreter für die Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Präsident des Europäischen Rates) weitreichende Rechte zu. Dazu gehören unter anderem: das Recht, Stellungnahmen im Namen der EU abzugeben, das Recht, an der Generaldebatte teilzunehmen sowie das Recht auf Antwort. Die EU hat damit einen Status erhalten, den keine andere Regionalorganisation besitzt und der mit Ausnahme des Stimmrechts und des Rechts, Kandidaten aufzustellen, dem Status eines Vollmitglieds fast gleichgestellt ist (dazu ausführlich Jelka Mayr-Singer/Julia Villotti, VN, 4/2012, S. 154–158).

Generaldebatte

Die Generaldebatte bildet immer den Auftakt jeder Tagung der Generalversammlung. In diesen sechs bis zehn Tagen haben die Staats- und Regierungschefs sowie Außenminister aller Mitgliedstaaten die Gelegenheit, in jeweils maximal 15 Minuten ihre Haltung zu internationalen Fragen kundzutun. Die Debatte begann dieses Mal nicht, wie üblich, an einem Dienstag, sondern aufgrund des MDG-Treffens erst am Donnerstag, den 23. September und endete am 30. September. Rund einhundert Staats- und Regierungschefs hielten Reden vor dem Plenum. Seit dem Jahr 2003 gibt der Präsident der Generalversammlung ein Thema für die Debatte vor. Dieses Mal lautete das Thema: »Bekräftigung der zentralen Rolle der Vereinten Nationen in der globalen Ordnungspolitik«.

UN-Generalsekretär Ban Ki-moon eröffnete die Generaldebatte. Er nannte als größte Herausforderungen Armutsbekämpfung, Klimawandel und Abrüstung. In Bezug auf den Klimawandel machte er mit der griffigen Formel 50:50:50 auf einen wichtigen Zusammenhang aufmerksam: Im Jahr 2050 werde die Weltbevölkerung um 50 Prozent gewachsen sein und bis dahin müsste eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen um ebenfalls 50 Prozent erreicht werden.

Zu den öffentlichkeitswirksamsten Auftritten während der 65. Tagung zählte die Rede des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad. Er sorgte für einen Eklat, als er darüber spekulierte, ob die USA selber hinter den Anschlägen des 11. Septembers 2001 steckten. Die amerikanische Delegation verließ daraufhin demonstrativ den Saal; Kanada boykottierte die Rede ebenfalls. Am Vormittag hatte sich der amerikanische Präsident Barack Obama auf die Themen Naher Osten, Menschenrechte und Iran konzentriert. Er appellierte an die Welt, zur Beendigung des Nahost-Konflikts beizutragen. Er brachte sogar die Hoffnung zum Ausdruck, dass im kommenden Jahr ein Abkommen zwischen Israel und Palästina vorliege, welches es ermögliche,

Palästina als neuen Mitgliedstaat in die UN aufzunehmen.

Das Thema Reform des Sicherheitsrats war Gegenstand von Reden zahlreicher Staatsvertreter, vor allem afrikanischer Länder. Unterstützt von arabischen Staaten, der EU, Japan und Australien forderten die Vertreter Gabuns, Namibias, Nigerias und Senegals einen ständigen Sitz (zum Teil mit Vetorecht) im Sicherheitsrat für Afrika. Senegals Präsident Abdoulaye Wade machte auf den Missstand aufmerksam, dass die UN wohl kaum eine überzeugende Rolle in der globalen Ordnungspolitik spielen könnten, wenn Afrikas Staaten ein Viertel der UN-Friedenstruppen stellten, 70 Prozent der Themen des Sicherheitsrats sich um Afrika drehten und gleichzeitig Afrika keinen ständigen Sitz im Rat hätte. Für eine Reform sprach sich auch Großbritanniens Vize-Premierminister Nick Clegg aus: Sein Land sei eindeutig in seiner Unterstützung für ständige Sitze für Brasilien, Indien, Deutschland und Japan sowie eine afrikanische Repräsentation.

Abrüstung

Im Bereich Abrüstung begrüßte die Generalversammlung in Resolution 65/49 das Inkrafttreten des Vertrags über eine kernwaffenfreie Zone in Zentralasien am 21. März 2009 (Vertrag von Semei) und in Resolution 65/61 die Unterzeichnung des Vertrags zwischen Russland und den Vereinigten Staaten über Maßnahmen zur weiteren Reduzierung und Begrenzung der strategischen Offensivwaffen (der neue START-Vertrag) am 8. April 2010. Der alte START-Vertrag (START II) war im Dezember 2009 ausgelaufen. Darüber hinaus wurde eine Vielzahl an Resolutionen verabschiedet, die keine wesentlichen Neuerungen enthalten, sondern verstärkte Bemühungen zur Abrüstung in allen Waffenbereichen forderten. Interessant ist jedoch Resolution 65/69. Darin wird den Mitgliedstaaten nahegelegt, Frauen stärker in Abrüstungsverhandlungen einzubeziehen und die effektive Mitwirkung von Frauen in Organisationen, die sich mit Abrüstungsfragen befassen, zu fördern. In einer weiteren Resolution weist die Generalversammlung auf die Gefahr hin, dass Terroristen in den Besitz radioaktiver Stoffe und Strahlenquellen gelangen könnten. Die Staaten werden aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um dies zu verhindern (65/74).

Wirtschaft und Entwicklung

30 Jahre nach dem ersten gemeldeten Aids-Fall und zehn Jahre nach der Verabschiedung der maßgeblichen Verpflichtungserklärung zu HIV/Aids fand vom 8. bis 10. Juni 2011 eine Tagung auf hoher Ebene zu HIV/Aids in New York statt. Das Ergebnis der dreitägigen Veranstaltung mit zahlreichen Workshops und Podiumsdiskussionen wurde in der 19 Seiten umfassenden Politischen Erklärung in Resolution 65/277 festgehalten. Die Staats- und Regierungschefs versprachen darin unter anderem, bis zum Jahr 2015 allen Betroffenen Zugang zu HIV/Aids-Prävention, -Behandlung, -Betreuung und -Unterstützung zu gewähren.

Das Datum für die 4. Konferenz der Vereinten Nationen über die am wenigsten entwickelten Länder (LDCs) wurde auf Mai 2011 festgelegt und ihr Ergebnis in Resolution 65/280 gebilligt (Bericht über die Konferenz: Johannes Wendt, VN, 5/2011, S. 227f.).

Ohne Abstimmung verabschiedete die Generalversammlung eine Resolution zur Förderung des Ökotourismus zugunsten von Armutsbekämpfung und Umweltschutz. Sie verweist darin auf die positiven Auswirkungen von Ökotourismus auf die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Bildung, was wiederum zur Bekämpfung von Armut beitrage (65/173).

Menschenrechte

Seit längerem werden die Rechte älterer Menschen diskutiert und die Frage, ob die bestehenden Menschenrechtskonventionen ältere Menschen ausreichend schützen. Die Generalversammlung setzte daher in Resolution 65/182 eine offene Arbeitsgruppe ein, die diese Frage prüfen soll. Der Generalsekretär soll zudem zur nächsten Tagung einen Bericht über die Situation älterer Menschen in allen Regionen der Welt vorlegen. Zum Thema indigene Völker soll im Jahr 2014 eine Weltkonferenz in Form einer Plenartagung der Generalversammlung auf hoher Ebene stattfinden (65/198). Dem Ausschuss gegen Folter gewährt die Generalversammlung vom Mai 2011 bis einschließlich November 2012 eine zusätzliche Sitzungswoche, um den Rückstand bei der Prüfung der Staatenberichte abzubauen (65/204).

Zum Thema Rassismus beschloss die Generalversammlung, aus Anlass des

zehnten Jahrestags der Anti-Rassismus-Konferenz von Durban eine eintägige Tagung auf hoher Ebene abzuhalten. Diese Tagung sollte am zweiten Tag der Generaldebatte der 66. Tagung stattfinden (65/240). Die Abhaltung einer Tagesveranstaltung war der kleinste gemeinsame Nenner gewesen, auf den sich die Staaten hatten einigen können. Deutschland stimmte gegen die Resolution und blieb der Tagung, die am 22. September 2011 stattfand, fern.

Resolutionen zu problematischen Menschenrechtssituationen in einzelnen Ländern ergingen, wie im Vorjahr, zu Iran, Myanmar und Nordkorea.

Zum ersten Mal in der Geschichte des Menschenrechtsrats wurde ein Mitglied des Rates suspendiert. Am 1. März 2011 setzte die Generalversammlung mit Resolution 65/265 Libyens Mitgliedschaftsrechte aus und reagierte damit auf das brutale Vorgehen von Staatschef Muammar al-Gaddafi gegen die eigene Bevölkerung. Der Menschenrechtsrat hatte am 25. Februar die Generalversammlung um die Suspendierung gebeten und zugleich eine Tatsachenermittlungsmission für Libyen eingesetzt.

Im Jahr 2011 stand auch die erste Fünfjahres-Überprüfung des Menschenrechtsrats an. Die Überprüfung durch die Mitgliedstaaten ergab, dass Struktur und Arbeitsweise im Wesentlichen unverändert bleiben sollen (65/281) (ausführlich dazu: Theodor Rathgeber, VN, 5/2011, S. 215–220).

Haushalt und Verwaltung

Der im Dezember 2009 beschlossene ordentliche Haushalt für den Zweijahreszeitraum 2010–2011 wurde Ende 2010 um 208 Mio. US-Dollar aufgestockt. Der Löwenanteil davon, 203 Mio. US-Dollar, fiel auf den Bereich politische Angelegenheiten. Damit stieg der Haushalt auf 5,367 Mrd. US-Dollar, also um 4,1 Prozent.

Die Generalversammlung billigte auch in einzelnen Resolutionen den Haushalt von 7,1 Mrd. US-Dollar für die 13 bestehenden Friedenssicherungsmissionen, die Versorgungsbasis in Brindisi und den Friedenssicherungs-Sonderhaushalt für den Zeitraum 1. Juli 2011 bis 30. Juni 2012. Damit sank der Haushalt im Vergleich zum Vorjahr um 100 Mio. US-Dollar. Die größten Mittelzuweisungen

erhielten wieder die Hybridmission in Darfur (UNAMID) mit 1,7 Mrd. US-Dollar und die Mission in der Demokratischen Republik Kongo (MONUSCO) mit 1,42 Mrd. US-Dollar (A/C.5/65/19 v. 22.7.2011).

Rechtsfragen

Im Jahr 2010 nahm die Generalversammlung drei von der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht (UNCITRAL) ausgearbeitete Rechtsdokumente an: erstens die Schiedsordnung in der überarbeiteten Fassung von 2010 (65/22), zweitens den UNCITRAL-Gesetzgebungsleitfaden zu Sicherungsgeschäften: Zusatz betreffend Sicherungsrechte am geistigen Eigentum (65/23) und drittens den dritten Teil des UNCITRAL-Gesetzgebungsleitfadens über Insolvenzrecht (65/24).

Der auf der 64. Tagung angeforderte Bericht des Generalsekretärs zum Geltungsbereich und zur Anwendung des Weltrechtsprinzips wurde von der Generalversammlung auf ihrer 65. Tagung dankend zur Kenntnis genommen. Sie beschloss, auf der nächsten Tagung eine Arbeitsgruppe im Sechsten Ausschuss (Rechtsfragen) einzusetzen, die sich mit diesen Fragen weiter auseinandersetzen soll (65/33).

Des Weiteren nahm die Generalversammlung die Grundsätze der Vereinten Nationen für die Behandlung weiblicher Gefangener an. Der Katalog, auch bekannt unter dem Namen Bangkok-Regeln, enthält 70 Grundsätze unter anderem in Bezug auf die Klassifizierung von weiblichen Häftlingen, zu Fragen der Gesundheit und Sicherheit weiblicher Gefangener sowie zu den in Haft befindlichen Kindern (65/229). Unter dem Tagungsordnungspunkt Verbrechenverhütung nahm die Generalversammlung aktualisierte Musterstrategien und praktische Maßnahmen auf dem Gebiet der Verbrechenverhütung und der Strafrechtspflege zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen (65/228) an. Sie beziehen sich auf das Strafrecht, das Strafprozessrecht, Maßnahmen zur Verbrechenverhütung und die internationale Zusammenarbeit.

Außerdem billigte die Generalversammlung die Erklärung von Salvador. Diese war auf dem 12. Kongress für Verbrechenverhütung und Strafrechtspflege im

April 2010 in Salvador (Brasilien) verabschiedet worden. In der Erklärung wird unter anderem die Kommission für Verbrechenverhütung und Strafrechtspflege gebeten, eine offene zwischenstaatliche Arbeitsgruppe einzusetzen, um die Gefahren der Computerkriminalität umfassend zu untersuchen (65/230). Katar wird Gastgeber des 13. Kongresses im Jahr 2015 sein.

Internationale Gedenkanklässe

Die Generalversammlung verabschiedete auf der 65. Tagung insgesamt fünf neue Internationale Tage, zwei neue Internationale Jahre, eine neue Weltwoche und eine Internationale Dekade.

Der 24. März wurde zum Internationalen Tag für das Recht auf Wahrheit über schwere Menschenrechtsverletzungen und für die Würde der Opfer erklärt (65/196). Aus Anlass des 50. Jahrestags des ersten bemannten Raumflugs von Juri Gagarin im Jahr 1961 wurde der 12. April zum Internationalen Tag des bemannten Raumflugs erklärt (65/271) (siehe dazu Annette Froehlich, VN, 3/2012, S. 132). Der 23. Juni soll ab 2011 als Internationaler Tag der Witwen begangen werden (65/189). Zum Internationalen Tag der Freundschaft wurde der 30. Juli ausserkoren (65/275) und der 30. August zum Internationalen Tag der Opfer des Verschwindenlassens (65/209).

2012 wurde zum Internationalen Jahr der nachhaltigen Energie erklärt (65/151) und 2013 zum Internationalen Jahr der Zusammenarbeit im Wasserbereich (65/154). Jeweils die erste Februarwoche soll ab 2011 als Weltwoche der interreligiösen Harmonie begangen werden (65/5). Aus Anlass des 50-jährigen Jubiläums der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker von 1960 wurde die Dritte Internationale Dekade für die Beseitigung des Kolonialismus ausgerufen. Sie geht von 2011 bis 2020 (65/119).

Wahlen

Bei der Wahl von fünf neuen nichtständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats für die Jahre 2011/2012 in der Generalversammlung am 12. Oktober 2010 erhielt Deutschland in der ersten Runde 128 Stimmen. Seine Mitbewerber, Kanada und Portugal, mussten in die zweite Runde, woraufhin Kanada seine Kandidatur

zurückzog und Portugal mit 150 Stimmen gewählt wurde. Die drei anderen der fünf neuen nichtständigen Mitglieder waren Indien, Kolumbien und Südafrika.

Am 22. Juni 2011 wählten die Staatenvertreter per Akklamation den 58-jährigen ehemaligen langjährigen Ständigen Vertreter Katars bei den Vereinten Nationen Nassir Abdulaziz Al-Nasser zum Präsidenten der 66. Generalversammlung. Das Vorschlagsrecht für die Kandidaten rotiert jährlich zwischen den (informellen) Regionalgruppen in der Versammlung. Im Jahr 2011 lag es bei der Gruppe der asiatischen Staaten (vgl. Personalien, VN, 4/2011, S. 178).

Bereits mehr als ein halbes Jahr vor dem Ende seiner ersten Amtszeit, am 21. Juni 2011, wurde UN-Generalsekretär Ban Ki-moon ohne Abstimmung für eine zweite sechsjährige Amtszeit wiedergewählt (65/282). Der Sicherheitsrat hatte am 17. Juni eine entsprechende Empfehlung ausgesprochen. Die zweite Amtszeit dauert vom 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2016.

Im Mai 2011 wurde ein Drittel der Mitglieder des Menschenrechtsrats für eine ab 17. Juni 2011 beginnende dreijährige Amtszeit neu gewählt, aus Europa waren dies Italien, Rumänien, Österreich und die Tschechische Republik. Deutschland hatte sich nicht zur Wahl gestellt.

Verschiedenes

Am 14. Juli 2011 nahm die Generalversammlung mit Resolution 65/308 die Republik Südsudan als 193. Mitglied in die Vereinten Nationen auf. Der Sicherheitsrat hatte am Tag zuvor die Aufnahme des neuen aus der Loslösung von Nordsudan entstandenen Staates empfohlen. Die Südsudanesen hatten sich in einem Referendum im Januar 2011 für die Unabhängigkeit entschieden und am 9. Juli ihren eigenen Staat gegründet.

Mit Resolution 65/309 nahm sich die Generalversammlung eines Themas an, das von Bhutan seit einigen Jahren propagiert wird: Glück als neuer Maßstab zur Bewertung von menschlicher Entwicklung. In der Resolution werden die Staaten gebeten, zusätzliche Indizes zu entwickeln, die die Bedeutung des Strebens nach Glück und Wohlbefinden bei der Entwicklung besser erfassen. Bhutan wird auf der 66. Tagung eine Podiumsdiskussion zu diesem Thema abhalten.